

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 36/39
Telefax: 8 88 848 pbbn d
Telefax: 21 06 04

Inhalt

Renate Schmidt MdB warnt vor falschen Prioritäten in der sogenannten Asyldebatte: Asylrechtsänderung eher hinderlich.

Seite 1

Horst Niggemeier MdB befürchtet, daß über das Asylrecht Kommunisten in die Bundesrepublik kommen: Asylrecht für alle Kommunisten?

Seite 2

Dokumentation:
Gerhard Schröder, der niedersächsische Ministerpräsident, hat anlässlich der Benennung der Universität Oldenburg nach Carl von Ossietzky an die Verantwortung der Wissenschaft erinnert. Wir dokumentieren seine Rede im Wortlaut. (Teil II und Schluß)

Seite 3

46. Jahrgang / 192

8. Oktober 1991

Asylrechtsänderung eher hinderlich Die Beseitigung der Fluchtursachen hat Priorität

Von Renate Schmidt MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

15 Millionen Menschen fliehen jährlich auf der Welt vor Hunger, Umweltkatastrophen, Krieg, Folter und Verfolgung. Wer glaubt, mit simplen Patentlösungen dieses Problems Herr zu werden, irrt sich. Eine Grundgesetzänderung löst kein Problem, sondern verhindert eher, das, was möglich ist, zu ändern.

Wir müssen zu allererst versuchen, Fluchtursachen zu beseitigen. So ist zum Beispiel seit Jahren die Türkei das Land, aus dem eine der größten Zahlen der Asylsuchenden kommen, weil Menschenrechtsverletzungen an Kurden nach wie vor an der Tagesordnung sind. Wer aus opportunistischen Gründen nicht bereit ist, auf solche Staaten Druck auszuüben, darf sich nicht über Asylsuchende aus diesen Ländern beklagen.

Selbstverständlich müssen wir die Sorgen der Deutschen ernst nehmen - und das ist der zweite Teil der möglichen Problemlösung: Wer zu wenig gegen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit tut, trägt mit dazu bei, daß sich Hilfs- und Aussichtslosigkeit ihr Ventil in Ausländerfeindlichkeit suchen. Zu den Sorgen, die die Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland haben, gehört auch, daß das Verhalten der asylsuchenden Menschen unseren Gesetzen entsprechen muß und Verstöße dagegen verfolgt und geahndet werden. Auch dies hat mit Grundgesetzänderungen nicht das geringste zu tun.

Wir müssen Verfahren beschleunigen im Interesse aller Betroffenen und dazu liegen Vorschläge auf dem Tisch. An denen scheint aber bei manchen kein Interesse zu bestehen; man verliere ja ein wichtiges Thema der Auseinandersetzung und damit eine Möglichkeit, den politischen Kontrahenten nicht mit Argumenten, sondern mit Emotionen zu bekämpfen. Ich meine, daß sich alle Demokratinnen und Demokraten zu schade sein sollten, ihr politisches Süppchen mit dem Schicksal von Menschen zu köcheln, ungute Instinkte von Menschen zu wecken und damit Ausländerfeindlichkeit zu schüren.

Die Deutschen in den alten elf Bundesländern haben in den letzten 40 Jahren ein weitoffenes, ein tolerantes, ein freizügiges Deutschland gebaut und lieben dieses Land - ihre Heimat. Die Deutschen der fünf neuen Bundesländer haben sich gegen Mauern und Grenzen und für Offenheit entschieden und gekämpft. Wir alle wollen uns nicht einmauern; wir wollen keine "Festung Deutschland", in der wir zwar sicher gegen andere wären, aber auch selbst eingeschlossen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos
umweltschonendes
Recycling-Papier



Ein "Bollwerk gegen Ausländerhaß", wie Björn Engholm dies gefordert hat, können wir aber nur dann werden, wenn auch den sogenannten Randgruppen geholfen wird, Menschen, die ins soziale Absenks gegliedert sind und die Schuld dafür bei den Ausländern suchen. Es geht darum, Jugendlichen durch intensive Aus- und Fortbildungsmaßnahmen Halt zu geben - die Zukunft des sozialen Friedens steckt nicht zuletzt in den Mitteln, die ein Staat dafür bereithält. Und es geht darum, den Älteren die Angst zu nehmen vor einer als bedrohlich empfundenen Zukunft - ABM-Maßnahmen könnten eine Hilfe sein, aber Solidarität in Form von Nachbarschaftshilfen ohne "Berührungsscheu" gegenüber politischen Verwirren könnte vielleicht auch einiges bewirken.

Eines darf nicht geschehen: Daß der harte Kern von Neonazis, ewig Gestrigen und radikalen Randgruppen den Rechtsstaat angreift. Das Feld darf auch nicht denen überlassen werden, die als "Extremisten der Mitte" zwar in bürgerlichen Parteien zu Hause sind, aber mehr oder weniger offen mit radikalen Lösungen sympathisieren.

Pogrome, so heißt es, entstehen zuerst im Kopf. Bevor in diesen Köpfen die Brandstiftung geplant wird, müssen Demokraten Widerspruch formulieren und Lösungen anbieten. "Wenn wir im Verhältnis zu den Ausländern versagen", hat jetzt Richard von Weizsäcker den Sachverhalt auf den Punkt gebracht, "dann würden wir auch im Verhältnis unter uns Deutschen nicht Bestand haben."

(-/8. Oktober 1991/su/fr)

Asylrecht für alte Kommunisten? Versäumnisse von Bund und Ländern

**Von Horst Niggemeyer MdB
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag Recklinghausen**

Der Artikel 16 des Grundgesetzes in seiner unverfälschbaren Eindeutigkeit und Klarheit wird von denen mißbraucht, die nicht politisch verfolgt sind. Über diesen objektiven Tatbestand kann es selbst bei denen keinen Streit geben, die sich Deutschland nur noch als multikulturelle Gesellschaft mit deutschen Einsprengseln vorstellen können. Aber auch dies ist richtig: Arbeitsflüchtlinge, Wirtschaftsflüchtlinge, Wanderungsflüchtlinge oder wie immer auch jene Männer, Frauen und Kinder bezeichnet werden, die hier in Deutschland wohnen und leben wollen, fallen jedenfalls nicht unter die in unserem Grundgesetz beschriebene Kategorie der "politisch Verfolgten".

Aber es wird wohl nicht nur bei dieser Kategorie von Flüchtlingen bleiben, über die im Zusammenhang mit Artikel 16 zu sprechen und nachzudenken ist. Neue Probleme kündigen sich an.

So hat das tschechoslowakische Parlament Anfang Oktober ein Gesetz beschlossen, das die Säuberung des Staatsapparates von ehemaligen Geheimagenten - 140.000 gab es davon in der CSFR - und Top-Funktionären der KP vorsieht. Die Rigorosität des Gesetzes geht so weit, daß möglicherweise auch der weltbekannte Reformkommunist Alexander Dubcek mit Berufsverbot belegt werden kann.

Auf einer ähnlichen Linie liegt Oleg Rumjanzew, Präsidiumsmitglied der Sozialdemokratischen Partei der Russischen Föderation (SDPR), der in der Oktober-Ausgabe des Sozialdemokratischen Mitglieder-Magazins "Vorwärts" allen 900.000 SPD-Mitgliedern in Deutschland erklärt hat: "Die Kommunistische Partei ist eine kriminelle Organisation... Die Partei wird deshalb verboten werden."

So wie in der CSFR und in der Sowjetunion jetzt mit den früheren Spitzen des kommunistischen Spitzel- und Unterdrückungssystems auf jeweils landesübliche Weise abgerechnet wird, so wird es auch in den anderen Staaten des ehemaligen kommunistischen Lagers geschehen.

Das aber bedeutet, daß die kommunistischen Hardliner in diesen Ländern innerhalb und auch unterhalb der Legalität weiterhin politisch aktiv bleiben und sich damit definitiv einer politischen Verfolgung durch die einheimischen und demokratisch legitimierten Staatsorgane aussetzen. Aber auch schon die Erteilung von Berufsverboten und die Androhung von Strafen für Aktivitäten im Sinne einer verbotenen kommunistischen Partei stellen politische Verfolgung dar. Der Artikel 16 ist da von lückenloser Klarheit.

Und so sind also all diese kommunistischen Aktivisten geladen ein, sich als politisch Verfolgte zu bezeichnen und das individuelle Recht auf Asylgewährung in Anspruch zu nehmen.

Es tritt dann der geradezu groteske Umstand ein, daß wir in Deutschland nun jene politischen Kräfte unter unseren asylrechtlichen Schutz stellen, die uns über vier Jahrzehnte gezwungen haben, Jahr für Jahr immensa Milliardenbeträge für unsere Landesverteidigung im Rahmen des NATO-Bündnisses auszugeben und weil selbige Kommunisten versucht haben, eine Ideologie weltweit auszubreiten, die inzwischen nach dem eigenen Eingeständnis von Gorbatschow, Jelzin und anderen Top-Funktionären aus der Nomenklatura der KP eine freiheitsfeindliche, undemokratische und unfriedliche Ideologie war und ist.

Es kann nicht angenommen werden, daß die steuerzahlende Bevölkerung in Deutschland - dazu gehören auch die schon seit Jahren und Jahrzehnten bei uns lebenden und arbeitenden Ausländer - auch nur andeutungsweise bereit wäre, sich auch noch diesen masochistischen Tort anzutun und die aktiven Verfechter der kommunistischen Ideologie als politisch Verfolgte anzuerkennen und ihnen Asylrecht zu gewähren.

Die bisherigen Versäumnisse von Bund und Ländern in der Asylantenfrage sind nicht zu übersehen. Die außerhalb nobler Patrizier- und Villen-Gebieten lebenden Menschen - dazu gehören auch die rund vier Millionen Sozialhilfeempfänger - haben ihre sehr individuell geprägten Erfahrungen und Auffassungen mit und zu dem bislang ungebremssten Mißbrauch des Asylrechts. Nur noch politische Traumtänzer können annehmen, daß die Akzeptanz des derzeitigen Asylrechts mit einer Mißbrauchsmöglichkeit noch ungebrochen ist. Deshalb ist es dringend geboten, den bisherigen Versäumnissen nicht noch ein weiteres Versäumnis hinzuzufügen, indem man ungeklärt läßt, ob zum Beispiel die in der Republik Rußland in den Untergrund abgetauchten oder sonstwie illegal politisch aktiven Kommunisten - sie können auch aus Rumänien, CSFR oder Jugoslawien kommen - in Deutschland gemäß Artikel 16 als politisch Verfolgte Asylrecht in Anspruch nehmen können. Daß hier Klarheit Not tut, sollte unstrittig sein.

(-/8. Oktober 1991/st/fr)

DOKUMENTATION

Carl von Ossietzky - die Verantwortung der Wissenschaft hat einen Namen (Teil II und Schluß)

Der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder hat anläßlich der Namensgebung "Carl-von-Ossietzky-Universität" für die Universität Oldenburg am 3. Oktober 1991 grundsätzlich zur Verantwortung der Wissenschaft Stellung bezogen. Wir dokumentieren seine Rede in zwei Teilen:

Die Carl-von-Ossietzky-Universität ist das beste Beispiel dafür. Denn es hat sich keineswegs als "verwegen" erwiesen, in Oldenburg das Panier Ossietzkys aufzupflanzen. Diese Stadt, in der angeblich die Grünkohlkönige regieren, hat Carl von Ossietzky angenommen. Sie hat eine

Straße nach ihm benannt, sie vergibt den Carl-von-Ossietzky-Preis, und auch der Gedenkstein mit der fürchterlichen Inschrift auf dem Lagerfriedhof bei Esterwegen ist ersetzt worden.

Ich weiß, daß ging nicht von allein. Das ist das Verdienst dieser Universität. Sie haben mit Ihren Demonstrationen und Ausstellungen, mit Carl-von-Ossietzky-Tagen und Publikationen den Namen von Carl von Ossietzky einer breiten Öffentlichkeit vertraut gemacht. Sie haben mit Ihren Forschungen ein neues Bild des Nobelpreisträgers zutage gefördert. Und Sie sind inzwischen weit über diese Person hinausgegangen, von der Ossietzky-Forschung zur Forschung im Sinne Carl von Ossietzkys. Zur Friedensforschung.

Sie werden es bemerkt haben: Ich nehme für meine Partei in Anspruch, was ich vorhin an Carl von Ossietzky gelobt habe. Auch wir sind in der Lage zu lernen, mehr noch: Wir bemühen uns darum. Als Beweis dafür mögen Sie den Weg nehmen, den wir gewählt haben, um den Namensstreit ein für allemal zu den Akten zu legen.

Wir hätten die Entscheidungen der vorigen Landesregierungen einfach revidieren können. Wir hätten der Universität einfach erlauben können, sich nach Carl von Ossietzky zu benennen. Eine solche "Erlaubnis" aber hätte den Ruch eines Gnadenaktes nicht vermeiden können.

Denn die vorige Landesregierung hatte den Namensstreit zu einer Grundsatzfrage von Recht und Ordnung gemacht. Ernst Albrecht ging es nach eigener Aussage gar nicht um Ossietzky, er nannte es sogar denkbar, daß die Landesregierung eine Universität nach Carl von Ossietzky benennt. Ihm ging es - ich zitiere - 'darum, daß die Namensgebung einer Hochschule Sache des Staates ist und nicht Sache von Universitätsgremien. Wir verlangen von den Universitäten, daß sie das Recht des Staates respektieren.'

Genau hier aber liegt der entscheidende Unterschied. Ich halte es für falsch, daß der Staat eine solche Frage überhaupt entscheiden darf - zumal gegen den Willen der Universität. Meine Überzeugung ist: Der Staat hat Wissenschaft und Kunst zu fördern, nicht zu beurteilen und nicht zu reglementieren. Unter welches Motto eine Universität ihre Arbeit stellt, kann und darf nicht von der Bürokratie entschieden werden.

Wir haben deshalb das niedersächsische Hochschulgesetz geändert. Wir haben das Recht zur Namensgebung per Gesetz der Landesregierung aus der Hand genommen und es an die Universitäten gegeben. Und Sie, die Gremien der Universität, haben nun selbst entschieden, sich den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität zu geben. Das, meine ich, ist nicht nur eine würdige Lösung dieses elenden Konfliktes, sondern eine sinnvolle zudem. Denn für diese Landesregierung ist Hochschulautonomie kein leeres Schlagwort.

Wenn es dann noch eines Beweises bedurft hätte, daß Hochschulen aus eigener Kompetenz zu fundierten und für die Gesellschaft nützlichen Entscheidungen in der Lage sind - die Carl-von-Ossietzky-Universität hat diesen Beweis geliefert. Und zwar nicht nur in der Namensfrage.

Wir werden deshalb noch mehr tun. Mit der Novelle zum niedersächsischen Hochschulgesetz, für die das Wissenschaftsministerium gerade ein erstes Diskussionspapier vorgelegt hat, wollen wir die Autonomie der Hochschule auch in anderen Bereichen erweitern, vor allem in Finanzfragen und bei der Planung neuer Studiengänge.

Wenn ich mir die Entwicklung Ihrer Universität und die Pläne der Landesregierung anschau, dann denke ich, wir haben eine gute gemeinsame Basis. Da fließt vieles zusammen, was sich für die Zukunft der Universität und das Wohl des Landes nutzen läßt. Lassen Sie mich einige Punkte hier kurz anreißen.

Sie haben draußen auf dem Mahnmal einen Satz von Ossietzky aufgeschrieben: "Wissenschaft und Technik waren nicht in erster Linie da, zu helfen. Sie schufen Werkzeuge der Vernichtung, Werkzeuge größtlichen Mordens. Wir müssen die Wissenschaft wieder menschlich machen." Dieser Satz beschreibt die Verantwortung der Wissenschaft so, wie wir sie im neuen niedersächsischen Hochschulgesetz definieren wollen. Nach unserer Vorstellung soll in diesem Gesetz der Satz stehen: Wissenschaftliche Arbeit darf nur friedlichen Zwecken dienen.

Ich sage dazu: Wir werden diesen Satz nicht von oben beschließen. Wir werden diese Frage mit allen Hochschulen diskutieren. Denn eins ist klar: Einen solchen Anspruch kann man nicht dekretieren. Er läßt sich nur per Überzeugung durchsetzen. Aber diese Überzeugung wollen wir schaffen, und wir werden uns dabei auf Ihre Arbeit stützen.

Ein zweiter Punkt liegt mir aus meiner persönlichen Lebenserfahrung am Herzen: Niedersachsen war, was den Hochschulzugang für Nicht-Abiturienten angeht, lange Zeit führend unter den Bundesländern. Daß in Oldenburg trotz restriktiver Gesetzgebung heute immer noch weit mehr Nicht-Abiturienten studieren als im Durchschnitt der niedersächsischen Universitäten, spricht für Ihr Engagement in dieser Frage. Ich kann Ihnen hier sagen, daß wir mit der NHG-Novelle die Studienmöglichkeiten für Berufstätige ohne Abitur wieder verbessern wollen.

Dritter Punkt: Sie haben der Erwachsenenbildung von Anfang an eine zentrale Rolle in ihrer Universität eingeräumt und dabei eine Spitzenstellung unter den deutschen Universitäten erreicht. Damit haben Sie einen Teil der Bildungspolitik der Landesregierung bereits vorweggenommen, die unter dem Leitsatz steht: "Jeder Mensch hat das Recht, ein Leben lang zu lernen." Mit der NHG-Novelle wollen wir die Weiterbildung ausdrücklich zur Aufgabe aller Hochschulen machen. Sie ist der Prüfstein, ob wir es ernst meinen mit der Öffnung der Hochschulen, mit ihrem Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung.

Für mich versteht es sich von selbst, daß dazu auch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gehört, die Sie von Anfang an gesucht und - gegen massiven Widerstand - durch ein Kooperationsabkommen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund institutionalisiert haben. Daß die Beschäftigung mit Carl von Ossietzky in den siebziger Jahren vom DGB angeregt und mit einer finanziellen Starthilfe versehen wurde, ist sich nicht der einzige Beleg für die Richtigkeit dieser Kooperation. Er mag aber an diesem Tag ausreichen.

Fünfter Punkt: Die Universität Oldenburg hat sich bereits Mitte der siebziger Jahre als eine der ersten Universitäten der Umweltforschung verschrieben und hat das Thema von Anfang an interdisziplinär angepackt. Auch dies ergänzt sich hervorragend mit der Politik der Landesregierung. Wir wollen die wirtschaftliche Entwicklung vor allem durch den Abbau der gravierenden Defizite fördern, die das Land bisher im Umweltschutz und insbesondere bei der Umweltproduktion und den Umweltinvestitionen aufwies.

Besonders angetan bin ich in diesem Zusammenhang von Ihrem neuen Studiengang "Ökologie/Umweltwissenschaft" für Berufstätige. Vor allem deshalb, weil er uns, der Landesregierung, Ärger machen wird. Denn er wird - unter anderem - Bürgerinitiativen und Umweltverbände in die Lage versetzen, unsere Politik noch kritischer zu begleiten, als das bisher schon der Fall ist. Und das ist gut so. Denn gerade in unserer Umweltpolitik bauen wir bewußt auf die Diskussion - und den Streit - mit außerparlamentarischen Gruppen. Je mehr Sachverstand dort versammelt ist, um so positiver werden die Ergebnisse für unser Land sein.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen, der mich als Freizeitsportler besonders interessiert. Sie haben in Oldenburg - auch das gegen erhebliche Widerstände - Sporteinrichtungen für alle geschaffen. Sportstätten, die leicht erreichbar und für jeden zugänglich sind. Sie haben bei der Gestaltung der Hallen dem Spaß am Spiel Vorrang vor der Spitzenleistung gegeben. Eine Universität, die Spaß macht? Das ist unglaublich. Unglaublich gut.

Mit ist bewußt, daß Sie mehr wollten. Daß viele Ihrer Reformansätze in den zermürenden Auseinandersetzungen mit dem Kultus- und später dem Wissenschaftsministerium auf der Strecke geblieben sind.

Sie, Herr Lühje, haben in Ihrem Resümee zum zehnjährigen Bestehen der Hochschule bitter angemerkt: "Ihre Entwicklung verdankt (die Universität Oldenburg) nicht allein einer fördernden Politik des Landes. Einen wesentlichen Teil des erreichten Entwicklungsstandes hat die Universität mit Unterstützung der Region gegen massive Widerstände durchsetzen müssen." Sie haben das sehr höflich formuliert.

Wer die Ziele kannte, mit denen das Land im Jahre 1972 die Gründung der Reformuniversität Oldenburg initiierte, muß bitter enttäuscht sein. Es begann mit dem Verbot der Drittelparität im Gründungsausschuß durch das Bundesverfassungsgericht. Es ging weiter mit den reformorientierten Prüfungsordnungen, die dem überraschenden Reglerungswechsel 1976 zum Opfer fielen. Es folgten weitere Eingriffe in das Selbstverwaltungsrecht der Universität und schließlich die extensive Beschneidung dieses Rechtes durch das Niedersächsische Hochschulgesetz. Das erfolgreiche Reformmodell der Einphasigen Integrierten Lehrerbildung wurde abgewürgt, und die Aufbauplanung für die Universität begann immer wieder von vorn. Weil die Planzahlen für die Studienplätze fast jährlich nach unten korrigiert wurden.

Um so erstaunlicher ist es, welchen Entwicklungsstand die Universität in diesen Jahren erreicht hat. Das beste Zeugnis, denke ich, haben ihr die Studentinnen und Studenten selbst ausgestellt. Denn mit einer Auslastung von 126 Prozent verzeichnet die Carl-von-Ossietzky-Universität heute schon den viertstärksten Zulauf aller niedersächsischen Hochschulen.

Natürlich bedeutet dies auch eine enorme Verpflichtung für die Landesregierung. Wir haben uns das ehrgeizige Ziel gesteckt, in den nächsten acht Jahren 15.000 neue Studienplätze in Niedersachsen zu schaffen, die Hälfte davon an den Universitäten. Das Entwicklungsprogramm für die Fachhochschulen ist bereits verabschiedet, das Programm für die wissenschaftlichen Hochschulen ist in Arbeit.

Ich kann Ihnen deshalb heute nicht endgültig sagen, wieviele dieser neuen Studienplätze auf die Carl-von-Ossietzky-Universität entfallen werden. Aber wir verstehen dieses Hochschulentwicklungsprogramm unter anderem als Chance für die jungen Universitäten, ihre Aufbauphase endlich abzuschließen - anknüpfend an unsere im Jahre 1976 unterbrochenen Pläne. Und ich denke, es ist nicht zuviel verlangt, daß hinter diesem Ziel für eine gewisse Zeit auch Wünsche der alten, traditionsreichen Universitäten zurückstehen haben.

Ich glaube, wir haben diesen Willen in den letzten Monaten bereits deutlich gemacht. Wir haben beschlossen - und daran ist nicht mehr zu rütteln -, daß die Carl-von-Ossietzky-Universität zusätzlich einen Fachbereich Ingenieurwissenschaften bekommt. Die Einrichtung des Instituts für Chemie und Biologie des Meeres ist auf dem Weg - die Wissenschaftsministerin hat letzte Woche den ersten Spatenstich für das neue Gebäude getan. Wenige Tage davor hat die Erwachsenenbildungsforschung mit dem Archiv für Erwachsenenbildung beim Wolfgang-Schulenberg-Institut eine wesentliche Bereicherung erfahren.

Persönlich freue ich mich besonders, daß wir im Sommer nach der Carl-von-Ossietzky-Forschungsstelle auch eine Kurt-Tucholsky-Forschungsstelle in Oldenburg einrichten konnten. Der Carl-von-Ossietzky-Universität eröffnet sich damit die Chancen, zu einer richtungweisenden Einrichtung der Friedensliteratur zu werden. Diese Chancen haben Sie sich erkämpft - und verdient - durch eine Dickköpfigkeit, wie man sie selbst von Oldenburgern nicht ohne weiteres erwarten konnte. Dazu beglückwünsche ich Sie.

Wir beenden heute einen Streit, der Sie neunzehn Jahre lang auf höchst unerfreuliche Weise beschäftigt hat. Wir werden in Zukunft in anderen Fragen Streit haben - das garantiert schon allein die Ebbe in der Landeskasse. Aber gehen Sie davon aus, daß die Landesregierung mit Ihnen gemeinsam das Ziel hat, die Aufbauphase der Universität zu einem baldigen und erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Ich spreche Ihnen meinen Dank aus, daß Sie sich so konsequent den Entscheidungen niedersächsischer Landesregierungen widersetzt haben - im Namensstreit wie in weiteren Ihre Universität betreffenden Fragen. Sie haben damit sich selbst, der Universität und dem Land Niedersachsen einen großen Dienst erwiesen.

Und wenn ich zum Schluß noch eine Bitte äußern darf, dann ist es die: Gehen Sie diesen Weg weiter. Scharfsichtig, unbeugsam und menschlich zugleich - wie es Carl von Ossietzky getan hätte.

(-/8. Oktober 1991/st/fr)
